

# Bericht der NRW-Delegierten über den Congress der European Green Party in Paris, 11.-13.11.2011

## Programm:

Friday, 11 November

10:30 Registration Opens

11:30 – 13:00 Kick-off Meeting: Balkan Network

13:00 – 15:00 Parallel Sessions

General: Gender, LGBTQ, Effective Responses to Populism: a How-To guide, Climate Change, Digital Rights Working Group, Green New Deal: Make It Real, Roma Inclusion, Green European Journal

Technical: Statutes, Treasurers' Meeting, Common Campaigning for Media Officers, Paris Declaration Working Group

15:00 – 15:30 Break

15:30 – 17:00 National Party Delegation Meetings

17:30 – 18:30 Opening of Congress – Towards 2014: Green Successes and Green Solutions

18:30 – 20:00 Parallel Plenaries

i. Green blueprint for another agriculture, with José Bové, Bas Eickhout, Rebeka Szabó, and Joao Pacheco. ii. After the Arab Spring, with Isabelle Durant, Mehdi Lahlou, and Hélène Flautre. iii. Durban and Rio+20: opportunities and challenges for climate and beyond, with Sandrine Bélier, Monica Frassoni, and Yannick Jadot.

Saturday, 12 November

10:00 – 12:00 Plenary Session

The Green way out of the crisis: a credible response for Europe. With Aurélie Trouvé, Philippe Lamberts, Pascal Canfin, and Anthony Giddens.

13:00 – 16:00 15th EGP Council Meeting

Voting on Statutes and Rule Book

14:00 – 15:45 Parallel Sessions

General: Fisheries Work-shop, Individual Supporters' Network, Human Rights, Green New Deal: Make It Real, Industrial Policy, Effective Responses to Populism: A How-to Guide (In French/en français), Federation of Young European Greens, Round table on China & Trade

Technical: Green New Deal Agriculture

16:00 – 18:00 Plenary Session: Visions for the Europe's future: Democracy, Ecology, and Solidarity  
Green solutions for Europe's Future

With Tina Birbili, Emma Bonino, Monica Frassoni, Rebecca Harms, Cem Özdemir, and Cécile Duflot.

18:00 – 18:30 Plenary Keynote: Eva Joly

18:45 – 20:30 Parallel Sessions

General: From Green East-West Dialogue to Full Regional Networks, Mediterranean Network, Effective Responses to Populism: A How-to Guide, Global Greens, Foreign Affairs Working Group, Local Councillors Meeting, Migration Working Group, Green New Deal: Make It Real, GEF Work-shop: presentation of the Heinrich Böll Foundation study "Solidarity and Strength – the future of the EU

Technical: Resolutions Amendment Session, Common campaign goal: Jump to the top in the 2014 elections – can communication strategies help increase our chances of success?

Sunday, 13 November

09:00 – 10:00 Congress Plenary Session

Budget, and Plan of Activities of the EGP, Presentation of the Green European Foundation

10:00 – 11:15 Discussion & Vote

The Paris Declaration

11:30 – 13:00 Discussion & Vote

Vote on Budget & Work-plan. Election of the financial advisor. Discussion and vote on the resolutions (see PDF version of programme)

13:00 Close of Congress

# Bericht

## Freitag

### Workshopphase I

#### Gender (Karen):

Alle Papiere sollen ins Netz gestellt werden, daher hier keine inhaltliche Darstellung

Die French Feminist Commission berichtet, dass sie sich schon mit der Ausarbeitung der Wahlkampfstrategie am Präsidentschaftswahlkampf von Eva Joly beteiligt, damit er konsequent gegendert wird.

Die FYEG (Federation of Young European Greens) stellt ihr Arbeitsprogramm in Bezug auf Frauen und Gender vor.

Das EGP Gender Network stellt sein Arbeitsprogramm für 2012 vor.

EGGO (European Gender Green Observatory) stellt ihren Arbeitsplan vor.

Übereinstimmend beklagen alle Gruppen, dass der Green New Deal keinerlei Gender-Aspekte berücksichtigt – Verweis auf eine Studie dazu von Elisabeth Schröter. Forderung: In Zukunft kein Papier verfassen ohne Beteiligung eines/r Genderbeauftragten oder alternativ gendersensiblen SpezialistenIn.

Information über Genderfragen des Congresses bzw. Councils: Die bisher nicht zufriedenstellende Quotierungsregelung soll geändert werden (ist beim Council gelungen).

Die französischen Grünen verweisen auf ihren Antrag zur Abtreibung.

#### LGBT(Q) Workshop (Sophia)

Der Workshop zum Thema Lesbian Gay Bisexuell Transgender (Queer) wurde von Ulrike Lunacek, Europaparlamentsabgeordnete aus Österreich und ihrem Büro organisiert. Leider kam ich zu spät, daher werde ich nur aus dem Protokoll den Anfang wiedergeben können.

Es nahmen ungefähr 12 Leute an dem WS teil, darunter aus Ungarn, England, Irland, Frankreich, Rumänien und den Niederlanden.

Als ich dazustieß, wurde gerade über die Gay Prides diskutiert und unseren Umgang mit diesen bzw. unser Umgang mit den GegnerInnen oder Institutionen, die sie verbieten. Das Recht auf Versammlungsfreiheit und generell die Menschenrechte wurden hier erwähnt. Die Diskussion kam dann an den Punkt, an dem über Quoten für VertreterInnen dieser sexuellen Minderheiten diskutiert wurde. Hier war man sich nicht ganz einig. Das größte Problem ist wohl, dass man die Leute so nicht stigmatisieren und darauf reduzieren will. Dies sei nicht mit Frauenquoten zu

vergleichen. Auf der anderen Seite sei es aber wichtig, eine Sichtbarkeit für diese Menschen zu schaffen. Das geschehe am ehesten, wenn sich PolitikerInnen auch dazu outen und AktivistInnen aus den communities auch in die Politik gingen. Aus den Niederlanden wurde hier widersprochen, dies sei zwar wünschenswert, aber nicht absolut nötig um ernsthafte und gute LGBTQ – Politik zu machen und dafür auch respektiert zu werden. Manchmal sei es sogar besser, wenn Menschen außerhalb der sexuellen Minderheiten, sich für die Anerkennung dieser stark machten.

Dann wurde von mir noch die Seminarreihe zu LGBTQ rights von der Federation of Young European Greens (FYEG) vorgestellt, die im nächsten Sommer auf dem Balkan stattfinden soll. Diese Reihe wird von der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt und wird dreiteilig in Zagreb, Sarajevo und Belgrad stattfinden. Es wurden nochmal die großen Unterschiede innerhalb der Mitgliedsorganisationen (MO) von FYEG bezüglich dieses Themas vermittelt. In manchen Mo's ist die Wichtigkeit nämlich noch nicht angekommen.

### **Klimawandel (Moritz/Ralf)**

Vorsitzende: Monca Frassoni (EGP-Co-Sprecherin, ex-MdEP für BE und IT),  
Berichterstatter Bas Eickhout (MdEP, NL):

Bisher keine neuen Vereinbarungen auf den großen Klimagipfeln in Kopenhagen und Cancun

Schlechte Aussichten für Durban und Katar (den letzten vor dem Außerkrafttreten des Kyoto-Protokolls am 31.12.2012). Bas ist sich sicher, das Durban KEIN verbindliches Abkommen hervorbringen wird. Cancún hat zwar den UN-Prozess gerettet, aber nicht das Weltklima.

Die Diskussion hat sich auf die Sicherstellung der Fortsetzung des Kyoto-Protokolls verlagert:

USA, China, Indien, Russland, Brasilien und die meisten Schwellenländer dagegen, AUS, NZL bisher nicht klar positioniert.

Die USA sind bisher nur zu einer Reduzierung von 17% bereit, allerdings gegenüber dem Basisjahr 2005, nicht 1990, wie im Kyoto-Protokoll festgelegt. Das entwertet diesen Vorschlag extrem.

Europäische Union als einzige für eine Verlängerung von Kyoto und bestimmt also weitestgehend die Bestimmungen für das Kyoto-Protokoll II: Wichtige Aufgabe für die Staatschefs. Dies stellt einerseits eine

Chance dar

Probleme andererseits:

Der tatsächliche gegenwärtige Anteil Europas am weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoß ist gering (China stößt mittlerweile so viel Treibhausgas aus, wie die USA und Europa zusammen)

Die osteuropäischen Länder sind im Besitz nicht verbrauchter CO<sub>2</sub>-Emissionsrechte. Sind sie auch derzeit noch nicht viel wert, so könnte ihr Preis in den nächsten Jahren erheblich steigen. Strikte Forderung der EU muss aber sein, einen „Carry Over“, also eine Mitnahme dieser Emissionen in das Kyoto-II-Protokoll zu verhindern. Boykott der osteuropäischen Länder wird erwartet. Daher fällt die polnische Präsidentschaft als Motor für eine Einigung der EU im Vorfeld von Durban aus.

Bas lobt Australien für seine ambitionierte Klimapolitik. (Zitat Bas Eickhout: „Now Europe can no longer hide behind its «world's best climate policy». The Australian climate targets leave Europe far behind.”)

Die grüne Position

Kyoto-Protokoll ambitioniert verlängern:

Chance nutzen: 30% statt 20% Einsparungen (40% wünschenswert, jedoch politisch unrealistisch) bis 2020, da die EU insgesamt z.Zt. bei -17% (gegenüber 1990) liegt, wobei noch 8 Jahre Zeit bleiben, um -20% zu erreichen.

„Carry Over“ der CO<sub>2</sub>-Emissionsrechte verhindern

Feinere Ausdifferenzierung der Treibhaus-Werte z. B. für aus Ölsand gewonnenes Öl (in der EU- „Fuel quality directive“ – dies hat die Europäische Kommission vor kurzem glücklicherweise gegen starken Kanadischen Druck vorgeschlagen)

Fester Zeitplan und Sanktionen

Bindende Übereinkommen bis spätestens 2015 (nächster IPCC-Report kommt 2014)

Einnahmen der vor drei Jahren beschlossenen und zum 01.01.2012 (trotz vehementer Gegenwehr der Fluglobbys) in Kraft tretenden Luftverkehrssteuer ausschließlich zur Förderung von Klimaschutzprojekten nutzen. Bas ruft Grüne auf, Druck auf ihre nationalen Regierungen zu machen, diesem Druck (auch durch die jeweiligen nationalen Airlines) standzuhalten.

Einnahmen des ETS (Emissions Trading System) zur Verfügung von Klimaprojekten- anstelle sie den nationalen Finanzministern zur Verfügung zu stellen.

Border-adjustment taxes (Klimazölle): Grüne sollten sich dagegen aussprechen, solange irgendwelche Emissionsrechte an bestimmte (energieintensive) Industriezweige umsonst ausgegeben werden. Sie sollten nur als Ersatz für solche Gratis-Emissionsrechte diskutiert werden (im Rahmen des ETS). Solche Gratisrechte würden ferner die Verteidigung eventueller Klimazölle vor der WTO stark erschweren bzw. unmöglich machen, selbst wenn die WTO grundsätzlich bestimmte Umweltgründe als Begründungen dafür zulässt.

Gefahr: Sollte Durban ein Fehlschlag werden, würden viele der Klimafragestellungen die anderen wichtigen Diskussionen auf der Rio+20-Konferenz im Juni 2012 überlagern.

Fazit und Ausblick

Auf (inter-)nationalem (=UN) Level bewegt sich fast nichts, aber regional ist der Klimawandel im Bewusstsein der Bevölkerung angekommen, besonders bei den jungen Leuten.

Die Euro-Krise ist einerseits eine Chance, den dadurch gesenkten CO<sub>2</sub>-Ausstoß dauerhaft niedrig zu halten, andererseits animiert die Krise nicht zu (evtl. teuren) Versprechungen.

Kommende dänische Ratspräsidentschaft birgt große ökologische Chancen für Europa.

Als Grüne sollten wir die Erwartungen vor den jeweiligen Gipfeln steuern helfen.

### **Roma and Traveller Inclusion (Eva Mira/Ditte)**

WS Organisation: Green European Foundation, Grüne aus Ungarn, Tschechien und Finnland

Präsentation der Dokumentation: „Roma and Traveller Inclusion in Europe. Green questions and answers“:

Gründe + Ziele Publikation:

- zunehmende, zum Teil extreme Gewalt gegen Roma, v.a. im östlichen Europa, sie sind häufig stark marginalisiert, diskriminiert + arm → Info über Situation der Roma und anderer "Traveller" (europaweit), über Initiativen gegen Gewalt und Unterdrückung die Publikation ist aus seiner Kooperation entstanden.: Green European Foundation, verschiedene Aktivisten, Initiativen, Wissenschaftler u.A. → Publikation: keine kohärenter Report, sondern Abbild der mitarbeitenden Initiativen, viele Fallbeispiele

Referenten:

#### LMP Vorsitzender Ungarn

- Anti-Roma-Märsche mit dem Slogan: „Wir wollen Ordnung und das schnell“ treten in Ungarn immer häufiger auf, Vorurteile und sehr negative Stereotype („sie stehlen, sind faul“), auch der direkten Nachbarn von Roma-Gemeinschaften, geringe Toleranz, Tendenz zur Eskalation mögliche Gründe: Sündenböcke für eigene schwierige Situation (Arbeitslosigkeit etc.) Ist-Zustand staatlicher Reaktion (Kritik): Roma in ihre Wohngebiete ("Ghettos") zu drängen, Polizei-präsenz (--> Kriminalisierung) --> kontraproduktiv. Produktive Initiativen, z.B. Arbeit in Kooperativen: Treffen, Kommunikation, gemeinsame Suche nach Lösungen (Roma und "Nachbarn"): besseres Verständnis, "beide

Seiten müssen verstehen, dass auf der anderen Seite des Zaunes Menschen leben" (Bspe. erfolgreicher Initiativen). (Fast) nur Grüne, die Politik pro Roma betreiben + propagieren, bisher vor allem interne ideologische Arbeit, war in den letzten Jahren notwendig, um eigene Position stark zu machen, in Zukunft brauchen wir mehr Aktion. Mittlerweile gibt es auch mehr Aktivisten aus den Romangemeinden selber, mit denen wir Grüne zusammenarbeiten sollten.

#### Tschechische Grüne Aktivistin: Inklusive Bildung

- - Neue Bildungswege durch neue Gesetze und Kooperation mit lokalen Politikern schaffen, diesen erklären, warum Pro-Roma-Politik notwendig ist, Zusammenarbeit mit Experten.
- - Kritik: fehlender politischer Wille fast aller (nicht-grünen) Parteien, so soll z.B. ein neues Gesetz verabschiedet werden, dass Schulen nach den Leistungen ihrer Schüler bewertet: vorauszusehen, dass Schulen versuchen werden, tendenziell leistungsschwache Schüler (zu denen viele Roma-Kinder gehören) nicht aufzuziehen.
- - Die Ausgrenzung der Roma beschränkt sich nicht nur auf die Bildung der Kinder, sondern auf alle sozialen Bereiche, das müssen wir ändern.
- - Nördliche Regionen Tschechiens besonders problematisch: ärmer, höhere Arbeitslosigkeit, dortige Initiativen gefährdet, wenn es eventuell zukünftig kein/weniger Geld von Regierung gibt.

#### Barbara Lochbihler: Human-Rights-Committee - From word to action:

- - Für uns Grüne der richtige Ansatz um eine wirksame Inklusionspolitik zu erreichen die Zusammenarbeit mit den Roma selbst .
- - Wichtig ist, dass Roma-Kinder zur Schule gehen, in einigen Ländern besuchen bis zu 90% keine Schule, auch in Staaten wie Deutschland ist der Schulerfolg im Vergleich ausgesprochen schlecht, um die 11% werden an Sonderschulen überwiesen, kaum welche erreichen einen höheren Schulgeschweige denn Universitätsabschluss
- - Besonders problematisch ist, dass viele Roma offiziell staatenlos sind, vor allem in Ländern wie Serbien, da die Neugeborenen nicht registriert werden (keine Geburtsurkunde). Gründe sind, dass die Registrierung häufig mit Kosten verbunden ist, viele können sich schon die Reisen in die Großstädten nicht leisten. Geschätzte 30.000-40.000 Kinder sind staatenlos. Initiativen: bei den Roma für Registrierung werben + die Kosten übernehmen.
- - Diskriminierung zeigt sich auch darin, dass 40-80% der Opfer von Menschenhandel in Ungarn Roma sind. Die meisten Prostituierten in Rumänien und Ungarn sind Roma-Frauen.

- - Wichtig wäre es mit den Medien zusammenzuarbeiten, die vor allem im östlichen Europa hauptsächlich negative Schlagzeilen über kriminelle Handlungen von Roma verbreiten.
- - Handlungsbedarf: Arbeitslosigkeit verringern unter Roma, steigende, offenen Gewalt thematisieren: Verletzung Menschenrechten.
- - Kritik der deutschen Politik: erst 1997 wurden Roma als Minderheit anerkannt. Immerhin gibt es in rot-grün geführten Ländern wie NRW Abkommen, dass keine Roma mehr abgeschoben werden sollen, es ist allerdings notwendig, die Praxis der Behörden zu kontrollieren

### Diskussion:

- In der Diskussion wurde das Fehlen von Artikeln zu den iberischen Staaten kritisiert (Grund: fehlende Kooperationspartner).
- Im Umgang mit der steigenden Diskriminierung und Gewalt ist es wichtig a) die Wurzeln des Rassismus (Situation Osteuropa, wirtschaftlich, post-kommunistisches Erbe) zu analysieren, b) eine neue, anti-rassistische Sprache zu finden, die nicht durch ältere Propagandabegriffe vergiftet ist, c) die Aufklärung in den Roma-Gemeinden zu verbessern, da sie viele Angebote, zu denen sie Zugang hätten (z.B. Gesundheitsversorgung) nicht nutzen und um sie zu stärken, selber gegen Diskriminierung zu kämpfen, d) die Bildung zu verbessern, e) sie in Arbeit zu bringen, f) gegen Staatenlosigkeit zu kämpfen, g) die Migrationspolitik von EU-Ländern (z.B. Deutschland!) zur reformieren, so dass Roma z.B. nicht abgeschoben werden und h) Bewußtwerdungsprozesse in Gang zu bringen, dass die Roma zur Gesellschaft gehören, z.B. durch Aufnahme ihrer Geschichte etc. in Schulbücher.
- Zuletzt wurde der Anfang einer Dokumentation der tschechischen Heinrich Böll Stiftung über drei Roma-Frauen, die als Multiplikatoren für die Rechte der Roma wirken, gezeigt.

Zur vorgestellten GEF Publikation:“Roma and Traveller Inclusion in Europe. Green Questions and Answers”kann bei der GEF bestellt werden oder findet sich als download:

<http://www.gef.eu/publication/news/roma-and-traveller-inclusion-in-europe-green-questions-and-answers>

Der Film ist zu bestellen bei:

Heinrich Boell Stiftung – Prague Film: “Women Re-present”, Mail:  
[info@cz.boell.org](mailto:info@cz.boell.org)

## **Finanzer-Treffen (Treasurers' Meeting) (Diana)**

Vorbemerkung:

Auf den EGP-Kongressen und -Councils gibt es traditionell immer ein Schatzmeistertreffen. Man geht also davon aus, dass sich die SchatzmeisterInnen von den EGP-Mitgliedsparteien wählen/delegieren lassen.

Es waren insgesamt etwa 10 Menschen da, darunter vielleicht 4 Schatzmeister, die Schatzmeisterin der FYEG und die auf dem Kongress später gewählte EGP-Rechnungsprüferin .

EGP-Schatzmeisterin Lena LINDSTRÖM, Miljöpartiet de Gröna, (Schweden) leitete die Sitzung.

Es war vorgesehen, dass die Mitgliedsparteien mal ihre Haushalte mitbringen (falls nicht im Internet zugänglich). Dies lieferte nur der Schatzmeister der griechischen Grünen.

Die Runde ging den am übernächsten Tag zu beschließenden 1,6 Millionen Euro schweren EGP-Haushalt für 2012 durch.

Es gab Diskussionen über die Personalausgaben, über den - zurückgezogenen – Vorschlag, ein EGP -Council in Dakar (Afrika) abzuhalten, und darüber, dass in Zukunft auf den halbjährlich stattfindenden EGP-Councils jede Mitgliedspartei mindestens zwei Delegierte haben wird statt nur eine/n. Letzteres macht die Councils teurer, aber die Quotierung kann so besser geprüft werden.

Schließlich wurde auch der - später mehrheitlich gefasste – Beschluss diskutiert, den (500.000 Euro teuren) Congress nur noch alle fünf Jahre stattfinden zu lassen. Der bisherige 2 1/2-Jahres-Turnus sei nur zu rechtfertigen, wenn der Congress kein reiner Happy-Clappy-Event sei.

## **Opening of Congress – Towards 2014: Green Successes and Green Solutions - Auf der Suche nach einem neuen Narrativ für Europa (Ditte)**

Mit einer Präsentation der neuen ungarischen Grünen Partei, die bei der Abstimmung am Sonntag mit überwältigender Mehrheit in die EGP aufgenommen wurde und einer kurzen Vorstellung des Global Green Congresses im März 2012 in Dakar.

Mit Cécile Duflot, Rebecca Harms, Monica Frassoni, Philippe Lamberts, Gábor Vágó, Tímea Szabó, Haïdar el Ali, and Ralf Fücks.

Monica Frassoni führt durchs Programm, Philippe Lamberts berichtet über die neuen ungarischen Grünen und den Wahlkampf in Frankreich, Rebecca Harms über den großen Erfolg der französischen Grünen Bewegung.

Cecile Duflot thematisiert die Euro-Krise und die Relevanz einer gemeinsamen nicht nationalegoistischen Lösung, wünscht der sich neu formierenden spanischen Grünen

Partei EQUO viel Erfolg bei den kommenden Wahlen in Spanien, wirbt für den Green New Deal und den Ausstieg aus der Atomkraft. Zuletzt appelliert sie an die französischen Sozialisten, ihre Verantwortung für die neue grüne Bewegung in Europa, für Ökologie und Demokratie ernst zu nehmen und gemeinsam mit den Grünen anzugehen.

Danach stellen Tímea Szabó und Gábor Vágó die neuen ungarischen Grünen vor, die vor allem gegen Korruption und antidemokratische Tendenzen streiten, die Rechte von Frauen und Minderheiten wie den Roma stärken wollen.

Haidar el Ali (Senegal) wirbt für die grüne-ökologischen Bewegungen in Afrika und den Global Greens Congress in Dakar, der diese stärken wird.

Ralf Fücks stellt die Eurokrise als Kreuzweg der europäischen Einigung dar, die uns entweder stärker machen wird oder an der wir zerbrechen können. Wichtige Bereiche europäischer Politik seien Nachbarschafts-, Außen- und Sicherheitspolitik. Europa braucht Solidarität und Stärke. Wir müssen zwar auch sparsamer werden, vor allem brauchen wir mehr Europa aber auch ein anderes, ein demokratischeres Europa

## **Parallel Plenaries**

### **Agriculture (Karen):**

Wegen Zeitverzugs war der Workshop leider auf die Redebeiträge der drei gesetzten RednerInnen beschränkt. Inhaltlich ging es um die Neuausrichtung der EU-Landwirtschaftspolitik, die bei weitem nicht so grün ausfällt, wie am Anfang erhofft. José Bové wie immer überzeugend und amüsant!

### **Nach dem Arabischen Frühling (Moritz/Ditte)**

Augenzeugen aus unterschiedlichen Staaten des arabischen Frühlings berichten von ihren Erfahrungen. Das Motto der Veranstaltung: „Ja, Diktatoren kann man vertreiben!“

#### **Marokko:**

Nicht dieselbe Situation wie in anderen Ländern des arabischen Frühling: Insgesamt eher Forderung nach Reform denn Revolution, Vertrauen in Staatsoberhaupt noch intakt. Die Menschen wollen zwar auch Veränderungen, den König, der selber Initiator vieler Reformen war und der als integrierender Faktor gilt, aber nicht absetzen. Ihm soll allerdings eine stärker repräsentative Funktionen zugewiesen werden.

#### **Tunesien:**

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Situation entwickelt, allerdings sollte der Westen nicht übermäßig besorgt wegen der Wahlerfolge der immerhin gemäßigten Islamisten

sein, die sich die AKP zum Vorbild genommen haben, da es auch andere starke Kräfte gibt. Wir dürfen nicht zu schnell zu viel erwarten, immerhin werden jetzt Menschen und Gruppen angehört, denen vorher keine Stimme gegeben wurde: Minderheiten, die Bewohner der Vorstädte, die Zivilgesellschaft. Außerdem wird das Bild häufig durch die Medien verzerrt, dies gilt nicht nur für Tunesien, sondern insgesamt für die Länder des arabischen Frühlings. Die USA unterstützen die (moderaten) Muslimbrüder, weil sie sie den Extremisten vorziehen. Deswegen schenkt man ihnen auch in den Medien viel zu viel Aufmerksamkeit, was die Wahrnehmung der politischen Verhältnisse verzerrt.

Syrien (Seve Aydin Izouli):

Medien

Alle existierenden drei Zeitungen und vier Fernsehsender in der Hand der Regierung.

Politik

Keine Parteien, Assoziationen oder Organisationen

Repressalien des Regimes sind Tradition: im Massaker von Hama 1982 wurde ein Aufstand der Muslimbrüder niedergeschlagen und die gesamte Stadt dem Erdboden gleichgemacht. Ergebnis: 20.000 Tote.

Um öffentliche Blutbäder zu vermeiden setzt der Diktator auf eine subtilere Methode: Wann immer die Gefängnisse überzuquellen drohen, ereignet sich wie zufällig ein Gefängnisbrand. Davon gab es seit der Machtübernahme Assads bereits fünf, denen kaum ein Insasse entgehen konnte.

Die Opposition steckt noch in den Kinderschuhen. Zitat \_\_\_\_: „Die syrische Opposition ist ein acht Monate altes Baby. Lasst ihm Zeit zu lernen.“

Gesellschaft

Multiethnische Gesellschaft mit vielen Minderheiten Weit über die Hälfte der Syrer ist für einen laizistischen Staat, mind. 55% würden keine radikal-sunnitischen Parteien wählen, weil sie entweder keine Sunniten sind (40%) oder eben moderaten Strömungen angehören. Daher besteht keine Gefahr, dass sich bei demokratischen Wahlen eine radikal-islamische Partei mit absoluter Mehrheit durchsetzen würde. Es ist noch nicht einmal wahrscheinlich, dass sich eine Partei im Zuschnitt der türkischen AKP durchsetzen würde.

Es muss einen Rat der Opposition im Ausland geben, der von den Staaten der Welt als legitime Vertretung Syriens akzeptiert wird, Assad ist nicht der legitime Herrscher des Landes.

Revolution

Bevölkerung strebt eine friedliche Revolution an, das Regime antwortet mit brutalen Militärschlägen gegen die Zivilbevölkerung. Seit der Widerstand gegen die Assad-Diktatur im März begann wurden bereits über 3500 Menschen getötet.

Viele Verletzte können nicht behandelt werden. Es gibt zwar Krankenhäuser, doch dort würden sie exekutiert.

Die Situation der Gefangenen ist miserabel. Sie tragen nur ein T-Shirt, die Zellen sind nicht isoliert und für den Winter werden etwa 11.500 Pullover benötigt, um die Insassen vor dem Kältetod zu bewahren.

Reaktionen

Die EU konnte sich bislang noch zu keiner wirklich klaren Stellungnahme durchringen.

Die USA unterstützen u. a. die Muslimbrüder, weil sie „moderate“ Islamisten sind, um einen Vormarsch der Extremisten zu verhindern, dabei sind auch sie nur eine Minderheit. Dies verzerrt das Gesellschaftsbild und schreibt den Muslimbrüdern weitaus mehr Einfluss zu, als sie tatsächlich haben.

## Samstag

Aktion FYEG (Sopia):

Am Samstagvormittag machte sich das Energy Campaign Team von FYEG daran, die Aktion zum Ausstieg aus der Atomenergie vorzubereiten. Hierzu sollten 27 Menschen in Strahlenschutzanzug mit den jeweiligen Nationalflaggen der EU Ländern auf den Rücken im Kreis (Spirale) laufen. In der Mitte steht eine Windmühle und stößt die Atomkraftländer um. Schließlich fallen alle hin (auch Sarkozy, ganz dramatisch am Ende). Die Musik wird laut und die Länder ziehen ihre Strahlenschutzanzüge aus, tanzen und feiern das Ende des nuklearen Zeitalters in Europa. Die Aktion wurde kurz vor der Mittagspause um 12 Uhr durchgeführt.

### **Council: (Stefan)**

Es wurden die Statuten geändert und nachher mit 2/3 Mehrheit angenommen. Einmal ist hervorzuheben, dass der Council die Satzung im Zusammenhang mit dem Congress geändert hat. Neu heißt es jetzt: „The Congress is an enlarged meeting of the Council, which shall be convened by a decision of the council and which MEETS AT LEAST ONCE EVERY 5 YEARS.“ Das ist eine Verschlechterung zum derzeitigen Status Quo vom Rhythmus des Congress. Zum Zweiten wurde eine sehr weitgehende Regelung in Bezug auf Frauenquote aufgenommen. Neu heißt es jetzt: „As a general principle the European Green Party adheres to a 50%+ gender ratio rule in favour of woman in all its elected and appointed bodies and representatives.“

Das waren die beiden zentralen Punkte.

## **Workshopphase II**

### **Green New Deal – How to make it real (Karen):**

Eine junge englische Ratsfrau und ein ungarischer Landtagsabgeordneter gaben Inputs zu ihrer Umsetzung des Green New Deal. Anschließend Weltcafé-Gruppendifkussionen. Dabei wurde problematisiert, ob der Green New Deal etwas Anderes ist als das, was Grüne schon lange tun oder nur ein neuer Werbeslogan. Wie ist er zu kommunizieren? Außerdem die Frage, ob Green New Deal mit Wirtschaftswachstum vereinbar ist. Ergebnisse: Erst in einer systematischen Struktur gewinnen Grüne Ideen und Umsetzungen eine neue Qualität als Green New Deal. Die Wirtschaft muss unter den Leitbegriffen von Nachhaltigkeit, Ressourcenschonung und qualitativem Wachstum (Ausbau von ökologisch positiven Branchen, Schrumpfung der anderen) umgebaut werden.

### **Greenroots Strategies for a Citizens' Europe (Ditte)**

Mit: Edouard Gaudot (Greens/EFA, Fédécologos), Peter Loosli (Swiss Greens / 'Verts Transfrontaliers'), Lin Tabac (GroenLinks)

Individual Supporters Network meets Fédécologo

#### Edouard Gaudot (Greens/EFA, Fédécologos):

- Vorstellung Fédécologo: Fédécologo ist eine Initiative französischer Grüner, die langfristig die "Federal States of Europe" anstreben, heißt die europäischen Nationalstaaten zugunsten eines europäischen Staates mit föderaler Struktur aufgeben möchten. Sie suchen europäische Partnerorganisationen und möchten daher (auch) mit den Individual Supporters (IS) zusammenarbeiten. Macht Werbung für Spinelli-group: parteienübergreifende Pro-Europa-Initiative. Eurokrise auch Chance, stärkere europäische Integration zu erreichen: Europa ist Thema in den Medien und bei den Menschen, stärkt die Idee einer gemeinsamen europäischen Politik. Leider noch zu wenig transnationale Kontakte auf unteren Ebenen: es sollte doch möglich sein, dass z.B. Parlamentsmitglieder aus Südeuropa und Mitteleuropa sich gegenseitig besuchen, um sich ihre Situation gegenseitig zu erklären und das dies nicht nur auf Ebene der Parteispitzen passiert. Daher ist es wichtig grenzübergreifende Netzwerke aufzubauen und Projekte zu starten, wie es die Green European Foundation bereits umsetzt. Bisher gibt es vor allem in den Grenzregionen transnationale Projekte.

#### Christoph Becker-Schaum (Bündnis 90/Die Grünen, IS):

- Bisher ist die EGP kaum mehr als eine Nationalpartei, nicht eine Partei der Grünen Mitglieder. Ziel ist, Mitglieder grüner Parteien transnational zu verbinden. Er berichtet kurz über die Geschichte der Heerlen Group, heute IS. Auf dem Counciltreffen, das am Samstagnachmittag parallel zum congress

stattfinden, sind neue Statuten verabschiedet worden, die den Status der IS ändern: sie sind nun nur noch Teil der EGP, nicht mehr der nationalen Parteien. Das Hauptproblem der IS sieht er darin, dass hauptsächlich Mittelwesteuropa (Frankreich, Deutschland, Benelux) vertreten ist, Süd-, Ost- und Westeuropa dagegen kaum.

- Ziele IS: Europabewusstsein schaffen, (auch nationale) Politik als europäische Politik zu betrachten, Netzwerk für gemeinsame Aktionen und Debatten.
- Aktivitäten: Mitarbeit an Sommeruniversitäten (Slubice/ Frankfurt a.d. Oder), Heerlentreffen (April 2012, Wien), einige IS arbeiten in AG's der EGP mit, z.B. zur Zukunft der EU, Statutes.

#### Lin Tabac (GroenLinks, IS):

- betont noch einmal Charakter: Grasswurzel(-Basis-)-Netzwerk und grenzübergreifende Aktivitäten

#### Peter Loosli (Swiss Greens / 'Verts Transfrontaliers')

- Vorstellung von Peter durch Michael Leibman (IS)
- zu transnationalen Listen, z.B. Schweiz (Genf), Grenzregion Frankreich, dort kommt Peter her.
- In Grenzregionen ist es normal, dass es viel übergreifenden Austausch gibt: Verkehr, politische Projekte (z.B. Ökologie), diese reichen in dieser Region z.T. sogar bis nach Italien,
- Das Wahlergebnis der transnationalen Liste war gut, konnten einen Abgeordnetensitz erreichen!

#### Diskussion:

- Dies war rechtlich nur möglich, da für das Schweizer Unterhaus(?) auch Schweizer Staatsbürger kandidieren können, die im Ausland leben.
- - Transnationale Listen gute Möglichkeit für Expats, gerade angesichts zunehmender beruflicher Mobilität in Europa (z.B. Rumänen oder viele Franzosen leben in London) - Auch Aufgabe der nationalen Parteien Expats eine institutionelle Anbindung zu geben (oder sollten so etwas über europäische Netzwerke wie IS geschehen, was ist dann z.B. mit denen, die außerhalb Europas leben?).

#### Fazit:

- Offene Fragen: Wie erreichen wir in nationalen Parteien, dass grenzüberschreitende Themen und die Forderung einer föderalen Struktur Europas mehr Beachtung erhalten?
- Wie bekommen wir mehr transnationale Listen?

- Wie erreichen wir eine bessere Repräsentation von Gesellschaften und Menschen, die zunehmend nicht mehr national und ethnische homogen sind?
- Wie können wir Grenzregionen besser verknüpfen (transborder regions: z.B. Zusammenarbeit der medizinischen Versorgung, wenn nächste Großstadt nicht im In- sondern im Ausland liegt...)
- Kooperation Fédécolo - IS weiter ausbauen
- Ankündigung des nächsten Heerlen Treffens in Wien

### **Wirkungsvolle Antworten gegen Populismus (Moritz)**

Ellen Riotte und ihre Kollegen vom Open Society Institute Brussels (ellen.riotte@osi-eu.org) veranstalten u. a. für das Europäische Parlament Workshops, um gemäßigte, der Demokratie wohlgesonnene Abgeordnete gegen Populismus zu wappnen. Im EP sind etwa 60 der 736 MEPs sind rechtsextreme Populisten. Die Workshops sind auf Englisch, das Institut bietet auch Workshops für Verbände aller Parteien auf allen Ebenen an.

Kontakt (englischsprachig):

Rue d'Italie 9-13

B-1050 Brüssel

+32 2 629 44 36

Der Populismus arbeitet über drei Kommunikationsfelder:

1. Fakten (ob wahr oder nicht spielt zunächst keine Rolle)
2. Gefühle
3. allgemeine, feststehende Überzeugungen

Auf diese Taktiken muss man entsprechend reagieren:

1. Bei Fakten muss man sich als erstes die Frage stellen, ob sie wahr sind. (Bsp. Geert Wilders sagte im EP: "Angela Merkel hat gesagt, die Islamisierung Deutschlands sei unvermeidlich. [...] Wir sehen das nicht so. Wir müssen die Freiheit am Leben erhalten." Konter: Angela Merkel hat diesen Satz nie gesagt. Sie sagte: "Der Islam ist ein wichtiger Bestandteil Deutschlands"). Sind die Fakten wahr, so gilt Churchills Satz "Glaube keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast." Es bleibt also zu überprüfen, an welcher Stelle der Populist die Fakten instrumentalisiert und anders auslegt, als sie gemeint sind. Oft gibt es genauso Fakten, die das Gegenteil fordern. (Beispiel: Bei Budget-Debatten für die EU sind die Populisten die ersten, die anprangern, wieviel uns die EU an Mitgliedsbeiträgen kostet. Konter: Nur 6% des Haushalts gehen in Verwaltungskosten etc. Der Rest kommt direkt den Mitgliedsstaaten zugute.)

2. Gefühle lassen sich für alles instrumentalisieren. Populisten setzen häufig auf negative Gefühle. Diese lassen sich aber durch positive Gefühle leicht kontern. (Beispiel: Geert Wilders: "Wir wollen keine Fremden in unserem eigenen Land werden." Konter: "Nichts kann eine Gesellschaft so sehr bereichern, wie der friedliche, integrative und harmonische Austausch mit anderen Kulturen und Religionen. Sich abzuschotten lässt einen vereinsamen. Eine offene Gesellschaft, in der jeder seinen Platz hat fördert jeden einzelnen.

3. Ironischerweise gibt es zu beinahe jeder "feststehenden Überzeugung" eine gegenteilige Überzeugung. Die gilt es zu finden. (Beispiel: "Wenn sich die Griechen so verschulden ist das ihr Problem, denn wer mit Geld nicht umgehen kann, muss sehen, wie er da selbst wieder herauskommt." Konter: "In einer Gemeinschaft ist es selbstverständlich, zueinander zu stehen und sich zu unterstützen, wenn es notwendig ist. Geteiltes Leid ist halbes Leid.")

Unterschiedliche Menschen reagieren auch unterschiedlich auf die verschiedenen Taktiken. Einige brauchen Fakten, andere sind "gefühlsanfälliger" und wieder andere lassen sich durch Schlagworte und Parolen überzeugen. Jeder von uns ist ein Mischtyp dieser drei Arten, wobei die meisten eine bestimmte Präferenz haben. Damit wir selbst dem Populismus nicht zu leicht ins Netz gehen, hilft es, sich bewusst zu werden, welcher Typ man ist, um sich zu sensibilisieren und nicht selbst Opfer zu werden. Die meisten populistische Parolen klingen zunächst gut und vernünftig, sind es aber bei näherem Hinsehen ganz und gar nicht. Häufig ist es schwer, Populismus zu kontern, weil man selbst nicht informiert genug ist. Hier ist der Populist im Vorteil. Er braucht sich nicht um lückenlose Beweise zu bemühen. Also: wer einen Populisten in die Schranken weisen möchte, muss gut informiert sein und darf sich nicht verunsichern lassen!

### **Human Rights - Belarus-Workshop (Diana)**

Der Menschenrechts-Workshop befasste sich ausschließlich mit der Lage in der Belarus (Weißrussland). Auf dem Podium war eine mir unbekannte Frau und der Vorsitzende der belarussischen Grünen, Aleh Novikaŭ. Die Moderation übernahm das EGP-Vorstandsmitglied XY aus Petersburg, Russland.

Das Podium legte dar, dass immer weiter die noch noch verbliebenen Bürger- und Menschenrechte in der Belarus – dem letzten Staat in Europa mit gültiger Todesstrafe - noch weiter ausgehöhlt werden. Die Rechte des KGB (der dort immer noch so heißt) werden erweitert, die Organisation erhält Generalvollmachten.

Derzeit konzentriert sich die Menschenrechtsbewegung auf die Kampagne zur Freilassung von Ales Bialiatski, dem Vorsitzenden der Menschenrechtsorganisation Vjasna (Frühling) vgl. <http://spring96.org/en/news/47279> und <http://freeales.fidh.net/>.

Zu den Massenverhaftungen und Repressalien allgemein siehe: <http://www.fidh.org/Bitter-Winter-in-Belarus>

Wie bei personenzentrierten Diktaturen üblich, wird derzeit diskutiert, ob Diktator Lukaschenka inzwischen allzu paranoid geworden ist, so dass verschiedene Maßnahmen für das Regime selbst kontraproduktiv zu werden drohen. Es gebe immer weniger Menschen

Das Podium empfahl, einen strikten Anti-Lukaschenka-Kurs durchzuhalten, was in letzter Zeit ausgerechnet bei den Regierungen Polens und Litauens vermisst wird.

Lukaschenka verstehe nur die Sprache der Macht.

Diese Linie kann auch deshalb Erfolg haben, weil dem belarussischen Volk nicht mehr der lange gültig gewesene Deal angeboten werden kann, politische Unmündigkeit gegen bescheidene, aber kontinuierliche soziale Stabilität zu gewährleisten.

Die seit Anfang der 1990er in Homel' existierenden Grünen in der Belarus

<http://europeangreens.eu/menu/learn-about-egp/observer-parties/belarus/>

traten bei den undemokratisch verlaufenen Wahlen Ende 2010 erstmals mit einem eigenen Präsidentschaftskandidaten an, der Streiks und einen Arbeitslosenverband organisiert hat. Die Grünen haben (noch?) ein Büro im Zentrum von Minsk und sind einer der ältesten registrierten Parteien und sollen nach den Kommunisten und Konservativen in Umfragen die drittbekannteste Partei sein - in einem Land, in dem es übrigens keine staatstreue Regierungspartei gibt.

Die Grünen sind die einzige Partei in der Belarus, die die LGBT Bewegung unterstützen. Sie haben auf Twitter 3000 follower.

## **Workshopphase III**

### **Local Councillors Meeting (Karen): auch hier: Papiere werden ins Netz gestellt**

Vorstellung verschiedener Netzwerke und Plattformen grüner KommunalpolitikerInnen

Bessere Möglichkeiten zum Nutzen von best-practice-Beispielen sollen aufgebaut werden.

Die Europaabgeordnete Marije Cornelissen ruft für den 11. Mai 2012 auf zur europaweiten grünen Orts-Rollstuhlbefahrung. Kontakt über [www.wheelchairsurvey.eu](http://www.wheelchairsurvey.eu) bzw. [marije.cornelissen@europarl.europa.eu](mailto:marije.cornelissen@europarl.europa.eu)

### **Migration Working Group (Eva Mira)**

Dieser Workshop ist kein frontaler Vortrag gewesen, sondern basierte auf aktiver Kleingruppenarbeit unter Leitung von Ska Keller. Die Arbeit dieses Workshops ist die Grundlage für den Arbeitsbeginn der neuen Working Group Migration der EGP. Bis

2008 hat es eine solche Arbeitsgruppe gegeben, nun soll erneut eine gegründet werden.

Wir haben die verschiedenen dringendsten Punkte der Flüchtlingspolitik herausgestellt. Begonnen haben wir mit einer Fragensammlung, Fragen, die für uns schwierig zu beantworten sind, für die wir Grüne allerdings Antworten brauchen.

Dabei ist eine Vielfalt an Fragen herausgekommen, es ging um Vorurteile, wie beispielsweise die Sorge um den Verlust der Kultur und Religion aber auch um technische Fragen, wie die Klärung des Nachfolgerechts für Angehörige und die Zustände in den Detention Centers. Dann haben wir die EU relevanten Themen herausgenommen und mit ihnen weitergearbeitet. Die verschiedenen Gruppen haben viele Fragen, Probleme und Ansätze gefunden und daraus immer wieder die brennendsten Punkte herausgearbeitet. Am Ende der Gruppenarbeit hat jedes Mitglied der Kleingruppen eine Schwerpunktbewertung abgeben können und die jeweils 2 der eigenen Meinung nach wichtigsten Arbeitsergebnisse, die die EGP bald bearbeiten soll, markiert.

Als Arbeitsauftrag für die Working Group der EGP haben wir die Diskussion über folgende Themen vorgesehen, wobei sich aber alle einig waren, dass es des Weiteren noch viele Probleme in der Migrationspolitik gibt:

Verantwortungsteilung, Solidarität mit kleinen Mitgliedsstaaten

Eine gelungene Inklusion in die Gesellschaft

Klimaflüchtlinge, Klimagerechtigkeit

Lebensbedingungen in den Detention Centern

Roma

Umgang mit „illegalen Einwanderern“

Die besonders erschwerten Umstände für Kinder, Alte Menschen und die Rolle der Frauen

### **Global Greens - Durban, Dakar and Rio 20+ (Ditte/Ralf)**

Chairs: Steve Emmott (Mitglied des EGP Committee, Global Greens Koordination) und Juan Behrend (früherer EGP-Generalsekretär)

Aktivitäten der Global Greens:

Forum für Austausch von grünen Ideen und "best practice" zwischen Parteien sehr unterschiedlichen Organisationsgrades

Networking zwischen Grünen und zivilgesellschaftlichen Delegierten bei grossen internationalen Konferenzen.

Schutzschild für Aktivisten in nicht-demokratischen Staaten.

Sonstige Unterstützung für grüne Parteien und Aktivisten mit geringen bzw. ohne jegliche finanzielle Ressourcen.

Der dritte Global Greens Congress (nach 2001 und 2008) findet vom 29.03.-01.04.2012 in Dakar (Senegal) statt. Direkt davor (27.03.-29.03.2012) halten auch die Global Young Greens dort ihren Kongress ab (70 Teilnehmer erwartet).

Haïdar el Ali (Senegal), Umweltaktivist: gegen Ausbeutung der Meere (Fischerei), nicht zuletzt auch durch bilateral EU-Fischereiabkommen. Führen das weltweit grösste Mangrovenwiederaufforstungsprojekt durch. Dafür werden noch Freiwillige benötigt.

→ 3. Global Green Congress wird afrikanische grüne Bewegung unterstützen

- Programm Schwerpunkte:
  - Klimawandel und Erneuerbare Energie climate change + clean energy
  - Global green new deal
  - Demokratie und Frieden in Afrika und in der Welt
  - Biodiversität
- Aufruf den Congress zu unterstützen, da afrikanische Grüne kaum Ressourcen haben, etwas bereitzustellen. Gebraucht werden:
  - KoordinatorInnen, OrganisatorInnen, Geld, v.a. für Übersetzung, Anreise, (Arme + Junge Menschen)
  - Kongress auch wichtig als Signal: es gibt in Afrika 29 grüne Parteien, die durch den Kongress unterstützt und sichtbar werden

COP 17 Verhandlungen in Durban

Rio 20+ Konferenz im Juni 2012

### **Foreign Affairs Working Group (Ditte)**

Organisation: Ulrike Lunacek (MeP, Österreich)

- Fokus: arabische Welt + arabischer Frühling
- Tunesien: neue Regierung in interessanter Koalition: islamistisch orientierte Partei (40%) zusammen mit zwei linken Parteien, durch spezifisches neues Abgeordnetensystem viele Frauen in Regionalparlamenten
- Ägypten: will keine auswärtigen Beobachter – Kritik
- Forderung nach kohärenter, neuer Sicherheitsarchitektur, auch für kommende Wahl (Programm)
- Kritik europäische Außenpolitik: Doppelmoral, hat lange Diktatoren unterstützt, wir müssen unserer "responsibility to prevent" nachkommen

- Problematisierung struktureller Schwächen der EU Außenpolitik
- Diskussion um militärische Intervention und grüne Position

## Sonntag

- Vorstellung Ost-West-Netzwerk
- Vorstellung Green European Foundation

## Abstimmungen

- Budget
- Paris Declaration
- Activities Plan
- Common Fisheries Policy
- COP 17 Durban – Making up for Lost Time
- Rio +20
- Membership Review Proposal
- On Abortion – Voluntary interruption of pregnancy and sexual and reproductive rights
- EGP supporting EQUO in the upcoming elections
- LMP (Ungarn) wird Teil der EGP

## Kritik

Während die ersten beiden Tage recht beschaulich zugehen und die Workshops nicht unbedingt zu tagesaktuellen und kontroversen Fragen stattfanden, war am dritten Tag die Zeit für die Abstimmungen viel zu kurz. Die Kombination von Änderungsanträgen und Ursprungstexten war allein aufgrund der Verfahrensgeschwindigkeit kaum nachvollziehbar. Die endgültigen Entwürfe und die Änderungsanträge wurden aufgrund der späten Antragsfristen ferner sehr kurzfristig zur Verfügung gestellt und die Zeit bei den Abstimmungen war für kritische Reflexion und Diskussion zu kurz.

Verbesserungsvorschläge:

- Die Workshops zu den Themen zu machen, über die am Ende abgestimmt wurde, oder:
- Weniger Workshops, dafür mehr Zeit und bessere Vorbereitung bei den Abstimmungen.

Dennoch, im Ergebnis war das Ziel, den Kongress kurzfristig zu nutzen, um eine abgestimmte grüne Antwort auf europäischer Ebene auf die europäische Finanz- und Schuldenkrise zu geben, richtig und unterstützenswert. Das Ergebnis bietet eine gute Basis für die kommenden Entwicklungen und Diskussionen.

Zu weiterführenden Informationen siehe auch:

Congress Newsletter: round up first congress day (13.11.11)

Paris Congress webpages

Den finalen Beschluss zur "Paris Declaration" findet ihr hier:

[http://europeangreens.eu/congress/?page\\_id=417](http://europeangreens.eu/congress/?page_id=417)